

Grüne sorgen sich um Gedenkdienst

19. Jänner 2011, 14:50



Der grüne Antrag im Wortlaut.

Für die freiwilligen Helfer bei Holocaust-Gedenkstätten liegt noch kein Alternativkonzept vor, sollte der Zivildienst abgeschafft werden

Während den österreichischen Organisationen im Sozial- und Gesundheitsbereich für die Abschaffung des

Wehrdienstes (und damit auch des Wehrersatzdienstes) mit dem von Sozialminister Hundstorfer vorgestellten Modell Abhilfe versprochen wurde, sieht es für den Gedenkdienst im Ausland bisher düster aus.

108 Zivildienstpflichtige haben 2009 einen sogenannten Auslandsdienst absolviert.

Die Arbeit der Gedenkdiener steht ganz im Zeichen der Aufarbeitung nationalsozialistischer Verbrechen. Sie arbeiten im Ausland in Holocaust-Gedenkstätten, Museen oder Archiven. Zu ihren Aufgaben zählt auch die Pflege von Holocaustüberlebenden in Altersheimen oder Jugendarbeit in ehemaligen Konzentrationslagern wie Auschwitz oder Theresienstadt.

Noch kein Plan für Gedenkdiener

Was aus ihnen wird, wenn die geplante Heeresreform kommt, ist unklar. Johannes Schwantner, Obmann des Vereins "Niemals Vergessen", für den Gedenkdiener in Deutschland und Polen in KZ-Gedenkstätten arbeiten, hofft auf Einsicht seitens des Ministeriums. Am Freitag haben die Trägerorganisationen einen Termin bei Sozialminister Hundstorfer, bei dem über die Zukunft des Gedenkdienstes verhandelt wird. „Es wäre kein Aushängeschild für die Republik, wenn für diese wichtigen Aufgaben kein Geld mehr da wäre“, so Schwantner zu derStandard.at.

Dass die Gedenkdiener bisher in der Debatte um den Zivildienst kein Thema waren, nimmt er nicht persönlich. „Aber natürlich hätte ich mir gewünscht, dass man von Anfang an mit uns darüber gesprochen hätte.“ Mit welchen Hoffnungen er in das Gespräch am Freitag geht? „Natürlich würde ich mir erhoffen, dass man Anreize schafft, die es uns ermöglichen junge Menschen für diese Aufgabe zu rekrutieren. Dass man uns schlicht mitteilen will, dass es uns nicht mehr geben soll, damit rechne ich nicht“. Finanziell erhoffe man sich natürlich immer Verbesserungen.

Grüne bringen Entschließungsantrag ein

Die grüne Zivildienstsprecherin Tanja Windbüchler-Souschill ärgert sich über die Säumigkeit des Ministeriums. Sie bringt morgen, Donnerstag, einen Entschließungsantrag im Nationalrat ein, in dem sie Folgendes fordert: „Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten wird aufgefordert, die politischen und rechtlichen Voraussetzungen für das Weiterbestehen der Auslandsdienste unter verbesserten finanziellen Bedingungen auch nach Abschaffung der Wehrpflicht zu schaffen. Dafür möge der Bundesminister die Trägerorganisationen und interessierten NGOs sowie die im Parlament vertretenen Fraktionen zu einem Runden Tisch einladen.“

Außerdem will Windbüchler-Souschill, dass statt des Innenministeriums das Außenministerium für die Auslandsdienste zuständig sein soll. „Die Gedenk-, Friedens- und Sozialdienste auf eigene rechtliche Beine zu stellen, damit Frauen und Männer freiwillig einen weltweiten nicht-militärischen Solidardienst absolvieren können, ist mehr als dringend notwendig“, so Windbüchler-Souschill gegenüber derStandard.at. Wichtig sei, diese Dienste auf keinen Fall als rein militärische Angelegenheit anzusehen.

Während der geforderte Runde Tisch am Freitag zumindest in abgespeckter Form stattfindet, wird aus den „verbesserten finanziellen Bedingungen“ wohl nichts werden. 2011 wurde nämlich ohnehin schon gekürzt: Statt 10.000 Euro stellt die Republik Österreich seit heuer nur mehr 9.000 Euro pro Auslandsdiener zur Verfügung. (Anita Zielina, derStandard.at, 19.1.2011)

© derStandard.at GmbH 2011 -

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.

Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.